

**ABSCHLUSSERKLÄRUNG DES  
PEOPLES SUMMIT FÜR SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE  
GERECHTIGKEIT ZU RIO+20  
ZUR VERTEIDIGUNG DER GEMEINGÜTER,  
GEGEN DIE VERMARKTUNG DES LEBENS**

Soziale Bewegungen, Gewerkschaften, indigene Völker und Organisationen der Zivilgesellschaft, die aus aller Welt zum Peoples Summit für Soziale und Ökologische Gerechtigkeit während der Rio+20-Konferenz gekommen sind, haben in den Zeltlagern, durch Demonstrationen und den Debatten an dem Aufbau von Netzwerken und der Erarbeitung von Alternativen teilgenommen. Dabei sind wir uns bewusst, dass wir Teil einer besonderen Beziehung zwischen Männern und Frauen sowie zwischen der Menschheit und der Natur sind. Wir nehmen die dringende Herausforderung an, die neue Phase der Restrukturierung des Kapitalismus zu bremsen und mittels unserer Kämpfe neue Paradigmen für die Gesellschaft zu schaffen.

Der Peoples Summit ist der symbolische Moment eines neuen Zyklus' globaler Kämpfe, der neue Bündnisse zwischen den Bewegungen von Frauen, indigenen Völkern, Schwarzen, Jugendlichen, Kleinbauern und Landwirten, Arbeitern, traditionellen Gemeinschaften, Quilombolas (Gemeinschaften ehemals entflohener Sklaven), Aktivisten für das Recht auf Stadt und Religionen aus aller Welt hervorbringt. Die Vollversammlungen, die Aktionen und die große Demonstration waren die ausdrucksvollsten Momente dieser Bündnisse.

Die multilateralen Finanzinstitutionen, die Einrichtungen im Dienste des Finanzsystems wie G8/G20 zusammen mit der Abhängigkeit der Vereinten Nationen und der Mehrheit der Regierungen von Konzerninteressen führen dazu, dass die Verantwortung für die Zukunft der Menschheit und des Planeten nicht wahrgenommen wird. Die Interessen von Unternehmen und Konzernen wurden bei der offiziellen Konferenz in den Vordergrund gerückt. Im Gegensatz dazu haben die Lebensfreude und die Stärke der Aktionen und Debatten während des Peoples Summit unsere Überzeugung unterstrichen, dass nur die organisierte und aktive Zivilgesellschaft die Welt von der Kontrolle durch die Konzerne und des Finanzkapitals befreien kann.

Vor 20 Jahren warnte das Globale Forum, das ebenfalls auf dem Aterro do Flamengo stattfand, vor den Risiken, die die Privatisierung und der Neoliberalismus für die Menschheit und die Natur bedeuteten. Heute bekräftigen wir, dass unsere Analyse zutreffend war, und dass es in Bezug auf bereits anerkannte Menschenrechte bedeutsame Rückschritte gab. Die Rio+20-Konferenz wiederholt den gescheiterten Weg der falschen Lösungen, die durch dieselben Akteure verteidigt werden, die die globale Krise verursacht haben. In dem Maß, in dem sich die Krise vertieft, gehen die Konzerne gegen die Rechte der Menschen, gegen die Demokratie und die Natur vor. Sie entwinden der Menschheit die Gemeingüter, um damit das Finanz- und Wirtschaftssystem zu retten.

Die vielfältigen Stimmen und Kräfte, die im Kontext des Peoples Summit an einem Strang ziehen, klagen die tatsächliche strukturelle Ursache der globalen Krise an: das kapitalistische System in Verbindung mit Patriarchat, Rassismus und Homophobie.

Die transnationalen Konzerne begehen nach wie vor ihre Verbrechen, in vollkommener Straflosigkeit verletzen sie systematisch die Rechte der Menschen und der Natur. In gleicher Weise verfolgen sie ihre Interessen durch Militarisierung, durch Kriminalisierung der Lebensweisen der Menschen und der Bewegungen sowie durch Enteignungen auf dem Land und in der Stadt.

Der Druck auf den Boden und die Arbeiter im Süden und im Norden nimmt zu. Es existiert eine historische ökologische Schuld, die vor allem die Menschen im Süden benachteiligt. Zu dieser Schuld müssen die hochindustrialisierten Länder stehen, die die derzeitige Krise des Planeten verursacht haben.

Der Kapitalismus hat auch zur Folge, dass die soziale, demokratische und gemeinschaftliche Kontrolle über die Naturvorkommen und die öffentlichen Dienstleistungen verloren geht. Diese werden weiterhin privatisiert und in Waren verwandelt, wodurch den Menschen der Zugang zu den lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen genommen wird.

Die aktuelle Phase des Finanzkapitalismus findet ihren Ausdruck in der so genannten Green Economy sowie in neuen und alten Mechanismen. Dazu zählen unter anderem die zunehmende öffentliche und private Verschuldung, extreme Konsumanreize, die Aneignung und Konzentration neuer Technologien, die Märkte für CO<sub>2</sub> und Biodiversität, Landraub und Landgrabbing durch transnationale Konzerne sowie Public Private Partnerships.

Die Alternativen entnehmen wir unserer Geschichte, unseren Bräuchen und unserem Wissen, der Praxis und der produktiven Systeme der Gemeinschaft. Dies müssen wir bewahren, neu bewerten und zu einem Projekt des Übergangs gegen die aktuellen Hegemonialkräfte aufwerten.

Beispiele realer Alternativen zu dem aktuellen agrar-urban-industriellen System sind die Verteidigung öffentlicher Räume in den Städten durch eine demokratische und partizipative Verwaltung, eine kooperative und solidarische Ökonomie, Ernährungssouveränität, ein neues Paradigma für Produktion, Verteilung und Konsum sowie die Veränderungen des Energiemodells.

Die Verteidigung der Gemeingüter beinhaltet die Garantie einer ganzen Reihe von Menschen- und Naturrechten sowie Solidarität und Respekt gegenüber Glaubensrichtungen und Visionen der verschiedenen Gemeinschaften. Ein Beispiel hierfür ist die Verteidigung des „Guten Lebens“ (Bem Viver) als Lebensform in Harmonie mit der Natur. Dies setzt einen gerechten Übergang voraus, der von den Arbeitern und Menschen aufgebaut werden muss. Die Konstruktion dieser gerechten Transformation setzt das Recht auf freie Organisation, auf kollektive Verträge und die Garantie würdiger Arbeit (decent work) durch die öffentliche Politik voraus.

Wir bekräftigen, dass es dringend notwendig ist, Reichtum und Einkommen gerecht zu verteilen, Rassismus und Völkermord zu bekämpfen. Das Recht auf Land und Territorien, das Recht auf Stadt, auf Umwelt und Wasser, auf Bildung, Kultur und Meinungsfreiheit, die Demokratisierung der Kommunikationsmittel sowie sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte der Frauen müssen dringend garantiert werden.

Die Stärkung der verschiedenen lokalen Ökonomien und der territorialen Rechte garantiert den gemeinschaftlichen Aufbau solidarischer Wirtschaftssysteme. Diese Ökonomien bringen lokale, nachhaltige Lebensgrundlagen hervor, eine solidarische Wirtschaft, die den Bedürfnissen der Ökosysteme entspricht. Der größte Reichtum ist die Vielfalt der Natur und die eng damit verbundene kulturelle Vielfalt.

Die Menschen wollen bestimmen, wofür und für wen die Gemeingüter und Energieressourcen verwendet werden. Zudem streben sie eine gemeinschaftliche und demokratische Kontrolle ihrer Produktion an. Ein neues Energiemodell basiert auf dezentralen, erneuerbaren Energien, wodurch Energie für die Menschen und nicht für die Konzerne garantiert wird.

Der soziale Wandel bedarf einer Bündelung der Aktionen, er bedarf Vereinbarungen und eines gemeinsamen Vorgehens. Ausgangspunkt sind die Widerstände und notwendigen Alternativvorschläge, um die wir in allen Teilen der Welt streiten. Der Peoples Summit zu Rio+20 ermutigt uns, unsere Kämpfe fortzusetzen:

- ✓ gegen die Militarisierung der Staaten und der Gesellschaft
- ✓ gegen die Kriminalisierung der Organisationen der Zivilgesellschaft und der sozialen Bewegungen
- ✓ gegen die Gewalt gegen Frauen
- ✓ gegen die großen Konzerne
- ✓ gegen die Verpflichtung, für ungerechte ökonomische Schulden zu haften.
- ✓ für das Recht auf Land und eine lebenswerte Stadt
- ✓ für Ernährungssouveränität und gesunde Lebensmittel, gegen Agrargifte und Gentechnik
- ✓ für die Garantie der Menschenrechte
- ✓ für die Solidarität mit Völkern und Staaten, die wie derzeit Paraguay von nicht demokratischen Umstürzen bedroht werden.
- ✓ für die Souveränität der Gesellschaft bei der Kontrolle und gegen die Versuche der Vermarktung der Gemeingüter
- ✓ für die Veränderung des herrschenden Energiemodells
- ✓ für die Demokratisierung der Kommunikationsmedien
- ✓ für die Anerkennung der historischen, sozialen und ökologischen Schulden
- ✓ für die Ausrufung eines Welttags des Generalstreiks

Lasst uns in unsere Gemeinschaften, Regionen und Länder zurückkehren, motiviert, die notwendigen Bündnisse zu schmieden, um unseren Widerstand gegen das kapitalistische System und seine althergebrachten Reproduktionsformen voranzutreiben.

Rio de Janeiro, 15. bis 22. Juni 2012  
Zivilgesellschaftskomitee zum Rio+20 Peoples Summit